

# Danziger Zeitung.

Nr. 17089.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Berlin, 28. Mai. (M. Z.)** In dem königlichen Schauspielhause, in welchem gegenwärtig bauliche Veränderungen stattfinden, stürzte heute früh ein Theil des Dachstuhl ein und durchschlug die Bühnendecke. Von 45 beim Bau beschäftigten Arbeitern wurde einer sofort getödtet; mehrere sind schwer verwundet.

## Telegr. Nachrichten der Danziger Ztg.

**London, 27. Mai.** Nach einem Telegramm des „Reuter'schen Bureau“ aus Toronto von gestern sind durch die Explosion eines Gasometers in Montreal nach den bisherigen Ermittlungen 7 Personen getödtet und 30 verletzt worden.

**Madrid, 27. Mai.** Der König von Schweden ist gestern Abend nach Barcelona abgereist. Nach einseitigem Aufenthalte begibt sich derselbe von da nach Frankreich.

**Konstantinopel, 27. Mai.** Der Sultan beauftragte den Minister des Auswärtigen, Said Pascha, die Königin von Griechenland morgen beim Passiren des Bosporus zu begrüßen.

**Petersburg, 27. Mai.** Der Minister des Innern, Graf Tolstoi, behält während des Urlaubs, den er jetzt angetreten hat, die Oberleitung des Ministeriums bei.

**Helsingfors, 27. Mai.** Der Landtag nahm das Gesetz betreffend Errichtung finnländischer Cavallerie, bestehend aus einem Regiment zu 6 Escadrons, an, beschloß jedoch, daß dieselbe in Finnland selbst cantonniren müsse.

## Der Kaiser.

— Berlin, 26. Mai.

Die Ermattung, welche der Kaiser gestern gefühlt, ist nach einer gut verbrachten Nacht zum größten Theil geschwunden; aber die Nothwendigkeit einer gewissen Schonung dauert fort. Um so erfreulicher ist es, daß der Eiterauswurf in vermindertem Maße fortdauert. Nachdem neulich die Ausfahrt des Kaisers zweimal hatte unterbrochen werden müssen, weil die Canüle den Kaiser schmerzte, hatte Dr. Mackenzie eine neue anfertigen lassen, welche heute Morgen bei der Consultation in Gegenwart des Geh. Raths Bardeleben eingesetzt wurde. Bei der Einföhrung der beiden letzten Canülen war ärztlicherseits mit begreiflicher Befriedigung constatirt worden, daß der Wundcanal völlig vernarbt sei. Heute dagegen sollen die Aerzte bemerkt haben, daß wieder eine leichte Entzündung eingetreten sei. Selbstverständlich hoffen die Aerzte, wie das „Tageblatt“ sagt, daß das keine neue Complication bedeutet, und fühlen sich in dieser Hoffnung durch den Umstand bestärkt, daß sich die Eiterung — bisher wenigstens — nicht vermehrt hat. Vormittags begab sich der Kaiser mit Rücksicht auf die kühle Mitternacht (11 Grad R. im Schatten) nicht in den Park. Die angekündigte Ausfahrt fand gegen 5 Uhr statt, und zwar in Begleitung des Prinzen von Wales, der mit den Majestäten dinirt hatte. Der Wagen war aber geschlossen.

**Berlin, 27. Mai.** Die Meldung, daß sich bei dem Wechsel der Canüle des Kaisers eine neue Entzündung gezeigt habe, wird von anderer Seite auf das bestimmteste bestritten. Auch auf der gestrigen Ausfahrt sah der Kaiser sich genöthigt, in Bellevue auszusitzen und durch Dr. Mackenzie die Canüle, die sich etwas verstopft hatte, reinigen zu lassen. Die Deffnung der Canüle ist sehr klein, und da neuerdings der Eiterauswurf dicklich ist, so treten leichter als früher Athmerbeschwerden ein. Daß nach keiner Seite ernstere Besorgnisse gehegt werden, ergibt sich aus der Thatfache, daß die Ueberfiedelung des kaiserlichen Hoflagers nach Schloß Friedrichskron bestimmt für Freitag den 1. Juni in Angriff genommen ist.

Von heute wird uns telegraphirt:

**Berlin, 28. Mai. (M. Z.)** Das Bulletin von heute Morgen 9 Uhr lautet: Der Kaiser fühlte sich vorgestern etwas ermüdet; im übrigen war sein Befinden in der letzten Woche im ganzen gut; es ist kein Fieber vorhanden. Appetit und Kräftezustand sind befriedigend.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 28. Mai.

### Vom letzten Tage.

Die Erwartung, daß die Schlussabstimmung über das Schlußgesetz eine wesentliche größere Majorität für dasselbe ergeben werde, als die Abstimmung am Freitag über den Verfassungsparagraphen, hat sich erfüllt; aber in einem unvorhergesehenen Umfange. Daß schließlich von den conservativen Anhängern der Verfassungsänderung nur noch 4, sage und schreibe vier übrig geblieben sind, hat selbst die „Arenas“ überrascht, die sich in ihrer Sonnabend-Abendausgabe noch geberdet, als wisse sie nicht, daß Herr v. Rauchhaupt für das Gesetz gestimmt hat! Von 79 Dissidenten sind nur 4 übrig geblieben. Herr v. Meyer-Arnswalde kann man nicht einmal mitrechnen, denn dieser hat von Anfang an gegen das Gesetz gesprochen und gestimmt. Selbstverständlich hat ein großer Theil der Dissidenten sich von der Abstimmung ferngehalten. Die Zahl der Abstimmenten ist seit Freitag um 21 gesunken; aber gewiß haben am Sonnabend an der Abstimmung über das ganze Gesetz auch viele Theilgenommen, die am Freitag der Abstimmung über die Verfassungsfrage fern geblieben sind. Auf alle Fälle ist der Sieg den Ministern v. Scholz über die Conservativen errungen hat, ein fast zu vollständiger; fürcht doch selbst die „Post“, daß derselbe zu theuer erkauft sein könne.

Das Hauptinteresse an der Sitzung aber bildete die sich an die Wahlprüfungsaffäre Elbing-Marien-burg anschließende große Debatte, die sich zu einer zum Theil sehr energiegelassen Abrechnung der Freisinnigen mit den Cartellgenossen gestaltete. Die beiden Themata der amtlichen Wahlbeeinflussung nach dem Recepte des Puttkamer'schen Systems und der gegen die Kaiserin gerichteten schmachvollen Agitation einer Anzahl Cartellblätter erfuhren durch die Abgeordneten Richter, Meyer und Richter eine gründliche und vernichtende Kritik. Die Führer der Cartellparteien beistanden natürlich schleunigst, die Verfasser jener berüchtigten Heftartikel von ihren Hochsätzen zu schütteln. Aber die That-sache, daß solche Heftereien eben nur in Organen der Cartellparteien getrieben worden sind, vermochten sie nicht abzuschwächen, und vergeblich erwartete man eine Erklärung des Räthfels, warum man denn erst jetzt, nach so vielen Wochen, ein Wort gegen jene Agitation gefunden hat? Immerhin muß es bitter sein für die Cartell-partei, die in Leipzig und Breslau — hier war besonders Herr v. Blankenburg von der conferativen „Schlesischen Zeitung“ beteiligt — den bekannten Adressensturm zu incitieren versuchten, von dem eigenen Parteigenossen Friedberg des Mangels an Takt geziehen zu werden.

Das letzte Wort des auseinandergetretenen Abgeordnetenhauses, das uns im ganzen recht wenig Erbauendes gebracht hat, ist nichtsdestoweniger ein solches, welches uns zu hoher Genugthuung gereicht. Nicht weil die Cassation der Wahlen in Elbing-Marien-burg noch irgend welchen praktischen Zweck hätte —, denn die Herren v. Puttkamer und Döring sind ja drei volle ganze Jahre Abgeordnete gewesen und haben sich bis zum letzten Augenblick an ihre wurmfürigen Stühle angeklammert —, aber von moralischem Belang ist dieser Abschluß einer für unsere ganzen innerpolitischen Verhältnisse so überaus charakteristischen Affäre um so mehr, als die Cassation selbst in diesem Abgeordnetenhaufe einstimmig erfolgte. Wenn die Herren, um die es sich handelte, ihr Verharren im Landtage trotz des einstimmigen Commissionsverdictes und trotz der jede größere Mitarbeit ausschließenden Vertagung gleich nach dem Commissionsbeschlusse nun damit rechtfertigen wollen, daß ja das Plenum vielleicht anders hätte entscheiden können, so hat die Einstimmigkeit des Hauses bei der Cassation bewiesen, daß dazu von vornherein keine Aussicht war. Und man sollte doch eigentlich meinen, daß die Herren v. Puttkamer-Plauth und Döring darüber hätten unterrichtet sein können. Oder hat man sich ausschließlich darauf verlassen, daß es gelingen werde, dem Drängen der Freisinnigen aus Erlebigung dieser Frage bis zuletzt erfolgreich Paroli zu biegen?

Wenn man darauf gerechnet hat, so freut es uns, daß eine um so gründlichere Enttäuschung erfolgt ist. Herr Richter hat noch bei Thoreschluß, aber in einer Weise, die keinen Wiederhall finden wird, das System der Wahlbeeinflussungen und Einschüchterungen, der tausend Mittel und Mittelchen zur Bergewaltigung der Wähler, der Praktiken und Intriguen zur Unterdrückung der freien Stimmabgabe einer Beleuchtung unterzogen, die nichts zu münchigen übrig ließ und das Richtige traf, wie der lebhafteste Beifall der Freunde weniger als vielmehr das Toben der sich ins Mark getroffen fühlenden Gegner bewies, von denen Duzende selbst Canträge sind oder landrätlichen Graden ihre Abgeordnetenexistenz verdanken. Vergeblich suchte Herr v. Rauchhaupt, gleichfalls ein Landrath, seine Collegen in Elbing und Marienburg zu decken; vergebens wurde den Herren v. Puttkamer-Plauth und Döring sogar die hohe Ehre zu Theil, von Herrn Cremer unter die Fittige genommen zu werden. Das Resultat bleibt doch bestehen, daß das Abgeordnetenhaus durch sein einstimmiges Votum die Elbinger Wahl als ungesetzlich anerkannte und daß vor dem ganzen Lande die dort in Anwendung gebrachten Machinationen gebrandmarkt worden sind. Konnte doch selbst Herr v. Rauchhaupt nicht umhin, so mild er auch herabblühte auf die mahlgemetrischen Leistungen der Herren Döring und Richter, gewisse Praktiken als „absolut zur Corruption bei den Wahlen führend“ zu bezeichnen.

Gewiß, „Corruption“ ist das richtige Wort für das, was hier in Frage steht. Daß diese Corruption ausgerottet werde, daß der hier öffentlich gebrandmarkt Unfug sich nicht in früherem Umfange wiederhole, dazu wird hoffentlich der letzte Tag der Legislaturperiode, namentlich aber die Wählerchaft durch mannhaft, unentwegte Betätigung ihrer Ueberzeugungen beitragen.

### Blinder Lärm?

Es wird nun wieder abgewiegelt. Auch die „Post“ hat am Sonnabend auf einmal die Nachricht gebracht, daß Retorsionszölle gegen Rußland zur Zeit nicht zu erwarten seien. Sich selbst sucht sie gleichzeitig aus der Falle zu ziehen, indem sie behauptet, sie habe nur die Berechtigung der deutschen Zollverwaltung (soll heißen: des Kaisers mit Zustimmung des Bundesraths) vertheiligt. Am 23. Mai schrieb die „Post“:

„Die den deutschen Handel schwer schädigenden Zoll-maßregeln Rußlands müßten zu der Betrachtung führen, daß es endlich an der Zeit sei, zu Repressalien zuflucht zu nehmen und dafür zu sorgen, daß der Ueber-schweemung Deutschlands durch minderwerthiges russisches Getreide ein Damm entgegengekehrt werde.“

Heute dagegen behauptet die „Post“ das Gegen-theil, daß es nicht an der Zeit sei, Maßregeln dieser Art zu treffen, und die „Nordd. Allg. Ztg.“

bekräftigt diese Versicherung, indem sie die Erklärung der „Post“ ohne jeden Vorbehalt ab-druckt. Wenn dem so ist, wozu denn erst der Lärm? Zu welchem Zwecke sind Maßregeln dieser Art in Aussicht gestellt worden?

Daß es sich bei der ganzen Campagne nur um Börsenspeculationen gehandelt habe, ist deshalb nicht anzunehmen, weil hochofficiöse Correspondenzen, deren Urheber zur Genüge bekannt sind, sich bei der Abstreifung der bezüglich den Wahlen betheiligten haben, d. h. Personen, die nicht, wie gewisse Herausgeber hochpolitischer Correspondenzen, in reger Beziehung zu Börsenkreisen stehen. Unter diesen Umständen wird man annehmen müssen, daß die Ankündigung von Repressalien gegen Rußland einen anderen Zweck gehabt hat, als den, auf die Durchführung solcher Maßregeln vorzubereiten. In dieser Hinsicht war schon auf-gefallen, daß von officiöser Seite auf weitere, angeblich von Rußland vorbereitete Zollerhöhungen, z. B. auf Rohlen und Coaks, hingewiesen worden ist, so daß man fragen möchte, ob die Erhöhung des deutschen Getreidezolles etwa für den Fall angedroht werden sollte, daß Rußland die erwählten Absichten zur Ausführung bringen sollte.

Dies vorausgesetzt, muß man annehmen, daß die Pression in Petersburg den erwarteten Eindruck hervorgerufen und zum mindesten die Verlegung der neuen Zollprojecte bewirkt hat. Der von officiöser Seite bewirkte Rückzug hat demnach den Zweck, das Pressionsmittel, welches sich dieses Mal bewährt hat, für die Zukunft zu reserviren, indem die Berechtigung der Regierung, Zuschlagszölle auch ohne Mitwirkung des Reichstags zu erheben, gegen jeden Zweifel sicher gestellt wird.

Ob diese ganze Darstellung der Angelegenheit zutreffend ist, wird sich freilich erst noch zu zeigen haben. Nur wenn wirklich weitere russische Zollerhöhungen ausbleiben, wird eine solche, das Vorgehen der officiösen Presse beschönigende Darstellung als zutreffend anerkannt werden können. In der Sache selbst wird dadurch das Urtheil über die Zulässigkeit oder vielmehr die Unzulässigkeit von Zuschlagszöllen gegen russisches Getreide natürlich nicht beeinflusst. Dafür, daß die Erhebung differentieller Zuschläge von einer und derselben Waare, je nachdem dieselbe zur See oder zu Lande eingeht, keine Benachtheiligung der Waaren eines bestimmten Landes bedeutet, kann man sich ja auf die Erklärungen berufen, die seiner Zeit im Reichstage gelegentlich der Erhöhung der Schieferzölle bei der Einfuhr zu Lande abgegeben worden sind.

### Die Beratungen über die Altersversorgung der Arbeiter

nehmen im Bundesrath eifrigen Fortgang und sollen in wenigen Wochen abgeschlossen werden. Da eine Veröfentlichung des Entwurfs vor einer wenn auch nur ersten, also vorläufigen Entscheidung des Bundesrathes beliebt werden sollte, bleibt fraglich, Bekanntlich wird über Inhalt und Umfang der Vorlage wie der Ausführratungen Geheimniß bewahrt. Es verläutet indessen, daß seitens der Regierungen mancherlei recht erhebliche Einwände gemacht worden seien. Es scheint besonders, daß die süddeutschen Regierungen, und namentlich Baiern, in mancher Beziehung eine abweichende Meinung zum Ausdruck gebracht haben. Jedenfalls liegt es in der Absicht der Regierung, die Vorlage gleich bei seinem Zusammen-tritt an den Reichstag zu bringen.

### Die Eröffnung der Transkaspischen Bahn

hat, wie aus Petersburg telegraphirt wird, gestern an dem Jahrestage der Krönung in feierlicher Weise stattgefunden. Trotz der Ueber-schwemmungen zwischen Aschabad und Ashkhabad und des sehr starken Anwachsens des Amu-Darja traf der Eisenbahnzug mit den geladenen Gästen gestern auf der Station Amu-Darja ein und setzte alsbald die Reise nach Buchara fort.

Der russisch-officiöse „Nord“ in Brüssel sagt: Die Transkaspische Eisenbahn bis Samarkand werde auch die Stellung Rußlands im Occident bestärken. Jetzt, wo England erkannt haben werde, daß seine Bemühungen, Rußland an seiner Festsetzung in Asien zu verhindern, vergeblich seien, werde es vielleicht darauf kommen, in einer lokalen Verständigung mit Rußland die Sicherung der indischen Besitzungen zu suchen. Sofern Rußland nicht direct provocirt werde, habe es nichts besseres zu thun, als zu Hause zu bleiben und seinen eigenen Garten zu bebauen. „Was sind kriegerische Eroberungen gegenüber friedlichen?“

### Ungarn und die Pariser Weltausstellung.

Im ungarischen Unterhause beantwortete am vergangenen Sonnabend der Ministerpräsident Tisza eine Interpellation wegen der Abmahnung des Handelsministers von der Beschädigung der Pariser Ausstellung. Er verwies auf die Antwort, die er seinerzeit auf eine Frage wegen Beschädigung dieser Ausstellung gegeben habe, und sagte: Es stehe jedermann die Beschädigung frei, er könne eine solche jedoch nicht anerkennen und es liege nicht im Interesse der ungarischen Industrie, daß die dort etwa erscheinenden wenigen Industriellen die gesammte ungarische Industrie vertreten. Die Regierung müsse erwägen, was daraus werden würde, wenn die politischen Verhältnisse sich gegen den Willen der Regierung mehr verwickeln sollten; auch herrsche zuweilen in Frankreich eine aufgeregte Stimmung, so daß gegen den Willen der französischen Regierung und der französischen Nation eine Schädigung des Eigenthums oder eine Verletzung der Nationalfarben vorkommen könnte. Frankreich werde

die Nichtbeschädigung sicherlich nicht als Beleidigung ansehen. Handelsminister Gschynski erklärte, er habe es zur Vermeidung einer Irreführung für seine Pflicht gehalten, den Industriellen zu erklären, daß die Beschädigung der Pariser Ausstellung niemandem verboten sei, daß jedoch diese Ausstellung einen politischen Hintergrund habe, und deshalb jeder mit sich zu Rathe gehen möge, bevor er sich zur Theilnahme entschleide.

Die Majorität des Hauses nahm die Erklärungen der Minister zur Kenntniß.

### Kampf in Tongking.

Nach einer Mittheilung des französischen Marineministeriums ist demselben neuerdings ein Telegramm des Generalgouverneurs von Indo-China, welchen Namen bekanntlich die hinterindischen Besitzungen Frankreichs führen, zugegangen, welches meldet, daß am 19. April eine unter dem Commandanten Bosc gegen Donenbang operirende Abtheilung in dem Gebirgszuge zwischen dem Rothen und dem Schwarzen Fluße den Posten Muong weggenommen habe. In dem Kampfe hätten die Franzosen einen Verlust von 9 Todten und 16 Verwundeten gehabt. Die Abtheilung habe ihre Recognoscirung nicht weiter fortgesetzt und sich auf die Befestigung der benachbarten Stellung von Phungchau beschränkt, welche eines ihrer Operationsobjecte bilde.

### Die Bank von Frankreich.

In der französischen Deputirtenkammer erklärte am Sonnabend in Beantwortung einer Anfrage des Deputirten Drepfuf der Finanzminister Pentral, die Regierung halte es nicht für zulässig, der Bank von Frankreich die Einlösung der gefälschten Bankbills aufzulegen, denn sonst würde auch dem Staate die Verpflichtung zur Einlösung falscher Münzen auferlegt werden müssen. Die Bank habe sofort, nachdem die Fälschung entdeckt worden sei, das Publikum davon verständigt und beschloßen, die 500-Franks-Bills einzuziehen. Am 24. und 25. d. Mts. seien von letzteren 23 300 Stück eingelöst worden und unter dieser ganzen Zahl habe sich nur ein einziges gefälschtes befunden. Pentral fügte hinzu, die Bank sei geneigt diejenigen, welche sich in gutem Glauben im Besitz gefälschter Bills befänden, ausreichend zu entschädigen. Floquet unterstützte die Bemerkungen Pentral's. Die von dem Ministerium acceptirte einfache Tagesordnung wurde hierauf einstimmig angenommen.

### Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung vom 26. Mai.

Der Rest des Volkschulstufen-Gesetzes wird ohne Debatte nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen. Das Gesetz im Ganzen wird in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 121 Stimmen angenommen. Mit „Ja“ stimmen die Conservativen mit 3 Ausnahmen, die Freiconservativen und Nationalliberalen, sowie von den Freisinnigen die Abg. Münch und Schneider, ferner der fractionslose Abg. Spielberg. Mit „Nein“ stimmen die Polen, Freisinnigen und das Centrum; ferner Plinche (nat.-lib.), die Conservativen Sach, v. Hammerstein und Anoch, endlich v. Meyer-Arnswalde.

Es folgt die Beratung der allgemeinen Rechnung für 1884—85. Die Commission beantragt (in Wiederholung ihres früheren Beschlusses), die „verspäteten Ausgaben“ nicht mehr einer nachträglichen Genehmigung zu unterwerfen; in Bezug der übrigen außerordentlichen Ausgaben und Staatsüberschreitungen wird die nachträgliche Genehmigung und im übrigen Decharge beantragt. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt die Commission auch für die verspäteten Ausgaben, soweit sie nicht aus übertragbaren Fonds geleistet sind, die nachträgliche Genehmigung. Ein Antrag des Abg. Richter will auch die verspäteten Ausgaben aus übertragbaren Fonds der nachträglichen Genehmigung unterwerfen.

Abg. Richter: Auf die materielle Sache will ich heute nicht mehr eingehen. Mein Antrag geht auf welchem Standpunkte ich stehe. Ich bitte, daß die Herren wenigstens den Eventualantrag der Commission annehmen. Dann bleibt die Frage für die Zukunft offen. Gegen die Ertheilung der Decharge habe ich nichts.

Nachdem die Abg. Sattler (nat.-lib.), v. Schorlemer (Centr.) und Richter sich ebenfalls gegen den Principalantrag der Commission ausgesprochen, wird dieser einstimmig abgelehnt und der Eventualantrag der Commission angenommen.

Es folgt die Prüfung der Wahl der Abg. v. Puttkamer-Plauth und Döring in dem Wahlkreise Elbing-Marien-burg. — Die Commission beantragt, die Wahlen für ungültig zu erklären und in einer großen Reihe von Wahlbezirken die Wahlmännernachwahl zu kassiren. — Außerdem liegt ein Antrag Richter vor, den Wahlprotest des Dr. Jacobi, insbesondere wegen der darin enthaltenen Beschwerden über unzulässige Bildung von Urwahlbezirken, der Regierung zur event. weiteren Veranlassung zu überweisen.

Abg. Richter: Meinen Antrag, der nur für den Fall gestellt war, daß die Commission ihren schriftlichen Bericht nicht fertig bekäme, — derselbe liegt ja jetzt glücklicherweise endlich vor — ziehe ich zurück und bringe jetzt nur einen Zusatzantrag zu dem Commissionsbericht ein: 1) alle ländlichen Wahlmänner zu kassiren, wie das früher in Fällen solcher Wahlgeometrie geschehen ist, und 2) den Protest des Dr. Jacobi der Regierung zur weiteren Veranlassung mitzutheilen. Die Umstände, unter denen diese Wahlprüfung jetzt kurz vor Thoreschluß zur Verhandlung kommt — und wir können noch sehr zufrieden sein, daß man uns überhaupt bis 6 Uhr dafür Zeit gelassen hat (Gelächter) — sollten der Volksvertretung Stoff zu ernstem Nachdenken geben, ob es richtig ist, daß sie eines ihrer wichtigsten Geschäfte in einer solchen Weise verschleppen läßt. Die Thatfache ist so schlimm und drängt auf die Reform des Wahlprüfungsverfahrens dermaßen hin, daß die Angehörigen aller Parteien daran denken müssen, hier ein anderes Verfahren eintreten zu lassen. Früher haben die Abtheilungen die Wahlen geprüft. Das ging flott und glatt; man sagte: oberflächlich. Die Hoffnung, in den später eingerichteten Wahlprüfungs-Commissionen gewissermaßen ein Richtercollegium zu besitzen, welches ohne politische Parteibestrebungen urtheilt, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Aber die Wahlen haben einen entschiedenen Anspruch darauf, daß man sie



im Rechte der freien Wahl unbedingt schließt, und diejenige Volksvertretung, welche diese Pflicht verabsäumt oder in minderer Weise erfüllt, steht sich einem gerechtfertigten Vorwurfe aus. Deshalb wird das Abgeordnetenhaus ebenso wie der Reichstag eine Aenderung des Prüfungsverfahrens in Erwägung zu ziehen haben. Die Voraussetzung in einem constitutionellen Staate, welcher die Mitwirkung des Volkes durch seine gewählte Vertretung an der Gesetzgebung will, ist, daß der Wille des Volkes in der Wahl zu einem freien und unerschütterlichen Ausdruck kommt. Mißbräuche haben immer stattgefunden und der Wahlprotest ist die einzige wirksame Waffe, welche der Wähler gegen Beeinflussung und Gesehmwindigkeit einer Bürokratie besitzt, welche sich einmischend in Dinge, die ihr nicht zugehören, wenn man berücksichtigt, daß nichts so schwer ist, als einen wohlwollenden Wahlprotest mit hinreichenden Belegen durch Zeugen beizubringen, so muß die Volksvertretung um so sorgfamer diesen Dingen nachforschen. Nicht überall sind die Wähler so nachsichtig wie in Elbing-Marienburg. Es ist eine bekannte Sache, wenn sie auch in der Öffentlichkeit in Abrede gestellt wird — wenn wir unter uns sind, geben wir ja doch zu, daß jetzt das System der Einschüchterung der Wähler in so ausgedehntem Maße geübt wird, wie unter der Manthey'schen Herrschaft; dieses System macht die Proteste so schwierig. (Gehr richtig! links.) Die Einzelnen, welche Zeugnisse ablegen sollen, drücken sich, und wenn ein Zeuge erst nach zwei Jahren vernommen wird, so ist es kein Wunder, daß er sagt: ich kann mich nicht mehr erinnern. Dann gehen die Zeugnisse weit auseinander. Darum muß die Prüfung so schnell wie möglich geschehen. Der einzelne Fall liegt oft nicht so, daß der betreffende Landrath, wie Hr. v. Meyer-Arnswalde sagt, „zu kriegen ist“. Wenn man aber einen solchen Mann einmal gepackt hat, dann soll er vor dieses Forum. (Zuruf rechts: Dann soll er hängen! Heiterkeit.) So weit will ich nicht gehen (Heiterkeit), aber an den Pranger muß man ihn stellen, um zu documentiren, daß es der Ehre eines preussischen Beamten zuwider ist, solche Wahlbeeinflussungen auszuüben, und daß das eine Schande ist. (Große Unruhe und Unterbrechung.) Bei der Besprechung neulich ist dem Minister v. Puttkamer ein Unglück passiert. Als ich ihm die seltsame Wahlbezirksgliederung der Landräthe Dr. Dippe und Döring zeigte, welche bis jetzt unsere Kollegen sind (Heiterkeit), so sagte er, ich hätte bessere Beweise beibringen müssen, die Zeichnungen seien mit ungläublicher — oder wie er später in dem Genogramme corrigierte: mit ungewöhnlicher — Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit angefertigt. Diese „Polypen“ sind jetzt dem Hause vorgelegt und die Wahlprüfungscommission hat einstimmig diese Wahlkreisbildung für unzulässig erklärt. Das hat der Minister nicht vorausgesehen. Was die beiden Landräthe zu ihrer Rechtfertigung anführen, kann niemanden überzeugen. (Redner weist auf den Fall der Umbildung des 53. Wahlbezirks hin mit den Gemeinden Thiergarth und Thiergarthselbe, wo bisher zwei liberale und ein conservativer Wahlmann gewählt worden sind, wo dann Thiergarthselbe abgezogen und zu einem streng conservativen Wahlbezirk geschlagen wurde, so daß die Wähler nunmehr eine volle Meile bis zum Wahllokal zurücklegen hatten, und wo dann die Wahlen in beiden neugebildeten Wahlbezirken conservativ ausgefallen sind.) Ein wunderbarer Zufall ist es doch, der solche Zeichnungen hervorruft, und wunderbar ist auch das zufällige Resultat, daß nun statt der freisinnigen conservativen Wahlmänner gewählt worden sind. Solche zufällige Bildungen möchten wir beseitigt sehen. Auf diese Wahlgeometrie will ich aber nicht mehr eingehen, ich halte es für wichtiger, eine andere Seite hervorzuheben, weil diese im Bericht der Wahlprüfungscommission weniger hervortritt, ich meine die persönliche Betheiligung g. der Landräthe bei der Wahl. Gerade in diesem Wahlkreise hatten die Landräthe aus einem besonderen Grunde die Verpflichtung, sich Zurückhaltung aufzuerlegen. Wenn der Bruder des Wahlministers (Unruhe rechts) — die „Post“, ein freiconservatives Blatt, darf man doch wohl citiren (Heiterkeit) — wenn der Bruder des Chefs der Wahlpatronage Candidat ist, so entspricht es einem einfachen Taktgefühl, daß die betreffenden Beamten, Landräthe, Bürokraten, Gendarmen und Nachtwächter (Heiterkeit), sich zurückhalten und weniger für den Bruder ihres Chefs in Zeug gehen als für einen anderen. (Lachen und Zuruf rechts.) Das sind die dem Minister schuldig, daß sie ihn nicht in die peinliche Lage bringen, und ich kann es dem Minister nicht verdenken, wenn er gegen diese Beamten einen gewissen Ingrimm empfindet (Heiterkeit links, Lachen rechts), und ich schreibe es nur seinem Humanitätsgefühl zu, daß er den Landrath Dr. Dippe nicht schon längst rectificirt und ihn irgendwo anders hin versetzt hat. Daß er den Wunsch dazu gehabt hat, das ist mir nach der ganzen Vergangenheit des preussischen Beamten thums zweifellos. (Beifall links.) Dieser Wahlkreis verdient eine besondere Aufmerksamkeit auch deshalb, weil seit Herr v. Puttkamer gewählt wird, die Wahlprüfungen noch besonderes Unglück haben. Bei der Reichstagswahl von 1884 war der Vorsteher des conservativen Wahlvereins, Buchdruckereibesitzer Wernich, Redacteur der „Elbing. Anz.“, aufgestellt, ein an conservativer Gesinnung heiner von Ihnen übertrifft (zur Rechten) und welcher für die conservative Partei mit einem Erfolge arbeitete, wie Herr v. Puttkamer-Plauth lange nicht, wenn er es auch wünschte (Heiterkeit). Da trat in der Verammlung des conservativen Vereins Landrath Dr. Dippe auf und meinte, daß nach Besprechung in engeren Kreisen Herr v. Puttkamer geeigneter erscheine, und er brachte ihn in Vorschlag. Er sprach dabei das geflügelte Wort aus, die Landräthe seien politische Beamte, die an die Spitze des Kreises gesetzt seien, um Politik zu treiben (Hört, hört! links). Und als ein conservativer Wähler ihm zurief: Wer giebt ihnen das Recht dazu? — da rief Dippe nach der einen Angabe: „Se. Majestät der König“, nach dem Zeugnisse der anderen und des Landraths Dippe selbst: „Der Erlaß Sr. Majestät des Königs.“ Ein großer Unterschied macht das nicht. Daß das völlig unzulässig ist und die schärfste Rüge verdient, versteht sich von selbst. Nun begleiteten die Landräthe Dippe und Döring Hr. v. Puttkamer auf seinen Wahlkreisen, erschienen in den Wahlversammlungen und Hr. v. Puttkamer wurde gewählt. Am 3. Nov. 1884 wurde an den Reichstag ein Wahlprotest abgeleitet. Der Bericht der Wahlprüfungscommission vom 27. Februar 1886 erkannte 6 von den 10 Punkten dieses Wahlrechts als zutreffend, so daß die Commission einstimmig Beanstandung der Wahl und Veranlassung der weiteren Untersuchung vorschlug. Die Verhandlung fand im Reichstage am 9. April 1886 statt. Was ist aus dem Beschlusse des Reichstages geworden? Ein halbes Jahr später steht in der Uebersicht der vom Bundesrat gefaßten Entschlüsse auf die Beschlüsse des Reichstags: „Die preuß. Regierung ist um eine entsprechende Veranlassung erucht worden. Die darauf zu gewärtigende Rückantwort liegt noch nicht vollständig vor.“ Nach einem halben Jahre! Der Minister trat hier auf mit dem Bewußtsein und der unbedingten Sicherheit, daß unter seinem Regiment alles klar und ordentlich geschieht und die Wähler in ihrem Recht nicht beeinträchtigt werden, und sagte: Nennen Sie mir einzelne Fälle! Da habe ich ihn gefragt, was er mit dem Landrath gemacht habe, der notorisch in dieser unerhörten Weise aufgetreten ist. Darauf hat mir aber der Minister keine Antwort gegeben, und dieses Haus wie der Reichstag wissen auch heute noch nicht, ob der Landrath Dr. Dippe in Strafe genommen oder rectificirt ist. Dieser selbe Dr. Dippe ist es auch, der bei diesen Wahlen eine sehr erhebliche Rolle gespielt hat. Er hat Hr. v. Puttkamer-Plauth in die Wahlversammlungen begleitet; er selbst sagt, er habe in den Wählerversammlungen nicht gesprochen. Vergleichen Sie damit die Aussagen der vernommenen Zeugen! (Redner verliest Zeugnisaussagen, aus denen hervorgeht, daß die Landräthe Dippe und Döring in

Wählerversammlungen gesprochen haben. Zwischenruf des Abg. v. Rauchhaupt: Sollen sie den Mund halten?) Aus anderen Zeugnisaussagen geht hervor, daß Wahlmänner Treisfahrkarten und höhere Zehrungskosten erhalten haben, als sie gebrauchten, daß man also geradezu bestochen hat. In Folge dessen hat die Wahlprüfungscommission die Wahl eines Wahlmannes auch kassirt. Auch sonst ist alles geschehen, man hat alle Hunde losgelassen, wie man zu sagen pflegt. Es war nur schwer, sie zu packen, sie zu kriegen. Nun noch einige kleine Lichtbilder, die einen Einblick in die ganze Wahlhysterie geben. Da sagt ein Zeuge aus, daß der Kreisbote bei ihm angefragt hat, ob er auch zur Wahl gehen würde. Bei einem anderen erscheint der Kreisbote, die Herren haben viel zu thun bei den Wahlen, nimmt die Frau vor (Große Heiterkeit) und sagt: der Landrath läßt Ihrem Mann sagen, er solle zur Wahl kommen. (Redner verliest dann die Schilderung des Wahllokals und die Vorgänge bei der Wahl.) Ich kann mir hieraus ein lebhaftes Bild machen, wie es in einem unter dem Regime Puttkamer so gestalteten Wahllokal aussieht. Wie steht die Sache aber mit dem Herumtreiben und der Betheiligung der Landräthe? Herr v. Rauchhaupt fragt: sollen sie den Mund halten? Als Landräthe haben sie nicht das Recht zum Reden. (Zuruf rechts: „Als Wähler!“ „Sie selber!“) Ich bin gewiß ein lebhafter Parteimann, aber ich frage die Herren aus Preußen, ob ich es als Landesdirector genagt habe, mich bei Wahlgeschäften so zu betheiligen; ich habe es einfach aus Anstand- und Pflichtgefühl nicht gethan. Ich bedauere den Landrath, der sich davon nicht zurückhalten kann und sein Amt mißbraucht. Dafür habe ich eine Autorität: den Herrn Reichskanzler, der 1881, als im Reichstage über die Verhältnisse bei Wahlbeeinflussungen gesprochen wurde, an einem Falle großes Aergerniß nahm. Er hatte erfahren, daß der Abg. Baumbach so weit gegangen war, daß er seinen persönlichen Freund Lasker in seine Behausung aufgenommen und ein Mal in einem Miethwagen zum Wahllokal begleitet hatte. Herr Baumbach hat bezeugt, daß er als Meininger Landrath nicht die Macht hat, weil vor den dortigen Landräthen man glücklicher Weise noch nicht die Angst hat (Heiterkeit rechts) — das ist ja das Elend (Lachen rechts), daß die Bürger noch nicht stolz genug sind, um den Herren Landräthen einfach die Thüre zu weisen, wenn sie sich in ihre staatsbürgerlichen Rechte einmischen. (Oh! rechts, Beifall links.) Dieser Bürgerstolz ist dem Bauern und Bürger, ist auch den Beulleuten nöthig dem Landrath gegenüber, denn der Adel hat auch schon gelernt, was es heißt, mit dem Landrath gut zu stehen. Damals also sagte der Reichskanzler: „Der Landrath hat zwar nicht den Eingekessenen aufgefodert, den Herrn zu wählen, aber er hat schon durch seine Anwesenheit ohne Zweifel einen Druck auf die Wähler ausgeübt, den ich nicht für billig erachte.“ (Hört, hört! links.) Und an anderer Stelle nimmt er es dem Landrath übel, daß er seinen Freund aufnimmt. „Jeder dem landrathlichen Einfluß Zugängliche konnte wissen, das ist der alte Freund des Landraths, der immer bei ihm absteigt. Das ist so gut, als ob der Landrath selbst anwesend wäre, er steht im Geiste über dem Candidaten mit schüßendem Bügel.“ (Hört, hört!) Er nahm solches Aergerniß an dem Vorfalle, daß er sich an das Ministerium in Meiningen wendete, und als er dort keinen Erfolg hatte, an den Landesfürsten. Der Reichskanzler sagte dann, er sei gegen jede Einmischung; er wäre zwar nicht tugendhaft genug, aber doch zu vorsichtig, um zu derartigen Dingen zu encourageiren. Er meinte, er wäre nicht mächtig genug, um diese Dinge zu verhindern, wo sie ihm aber zur Kenntniß kämen, da griffe er ein. Ich hoffe, er wird, wenn ihm diese Dinge zur Kenntniß kommen, und sie werden ihm jedenfalls zur Kenntniß kommen, dann ebenso energisch eingreifen, und er wird seinem Kollegen v. Puttkamer, dem Chef der Wahlpatronage, den Standpunkt klar machen. (Große Lärm rechts, Heiterkeit und Beifall links.) Daß man die Sache Baumbach in Meiningen so behandelt und die Sache Dippe in Elbing so, das geht nicht. Gleiches Licht für alle! Aber leider sind wir von der Befolgung dieses Satzes bei uns so weit entfernt, daß ein Schandartikel eines Carrellblattes, „Frauenzimmerpolitik“, der unangefochten durch conservative Blätter geht, zum Ausgangspunkt für eine staatsanwaltschaftliche Anklage gegen freisinnige Blätter gemacht wird, die den Artikel nachbrachten, bloß um ihrer Entrüstung Ausdruck zu verleihen. (Lebhafter Beifall links.) So geht es in Preußen! (Lärm rechts.) Das steht auf demselben Bretter. Ist das nicht geradezu empörend? (Stürmische Zustimmung links.) Und wie hat die Carrellpresse ihre „Königsstreue“ dargehan, wie hat sie die Mitglieder der königlichen Familie angegriffen! (Lärmende Unterbrechung rechts. Sehr wahr! links.) Ich verlange nicht das Eingreifen des Staatsanwalts. Ich freue mich wahrhaftig der Pressfreiheit. (Abg. Friedberg: Denunciation!) Schweigen Sie doch mit Ihrer „Denunciation!“ (Bravo links.) Schämten Sie sich solcher Beschuldigung. (Großer Lärm bei den Nationalliberalen. Lärm des Präsidenten.) Wir rufen nicht die Staatsanwälte an, aber das zu marquieren, das ist Pflicht. Auch Ihre Zeitungen, z. B. die „Magdeburger Zeitung“, haben dies Vorgehen als unerhört bezeichnet. Das ist die nationale Königsstreue. (Lärm rechts, Beifall links.) Wir wollen keine Staatsanwälte; wir freuen uns, daß Pressfreiheit ist: aber gleiches Licht und gleiche Sonne. Selbst der Conflictsminister Graf Eulenburg hat einmal hier gesagt, die Landräthe sollten sich jeder Agitation bei den Wahlen enthalten; sie könnten doch schließlich nur Niederlagen dabei erleben, und das Ansehen ihres Amtes könne dabei leiden. Das ist vollständig richtig. Alle Parteien haben ein Interesse daran, daß diese Art von Wahlmadge und amtlicher Wahlagitation ein Ende nimmt. Wir werden ja auf das Kapitel der Presse ein andermal kommen; der Welfensfonds verdient doch endlich einmal eine andere Lösung; es muß doch untersucht werden, ob nicht seine Mittel dazu benutzt werden, um die Presse, welche die Gegner als königseindlich und die Ehrfurcht vor dem Königthum untergrabend hinstellt, zu unterstützen. Die Beamten sollen nicht die Wahlagenten der jeweiligen Regierung sein; die Interessen des jeweiligen Ministeriums und der Krone sind zu unterscheiden. Es kann doch Zeiten geben, wo die Krone und der Träger der Krone eine ganz andere Meinung haben, wie beispielsweise der Chef der Wahlpatronage. Wie stellt sich die Sache dann? Ist dann die Wahlbeeinflussung im Interesse der Krone oder nicht entgegengesetzt dem Interesse der Krone? Das führt zur Allgemeinheit der Minister, nicht aber zur Erhöhung und Stärkung des Ansehens der Krone. (Gehr richtig! links.) Die Interessen der Krone sind bauernd und weit erhaben über den Interessen der Minister, die nur zeitweilig die Geschäfte des Landes führen. (Gehr richtig!) Das Gefühl, daß die Beamten nichts weiter sind, als die Diener des Staats, als die Volltrecker der Gesehe, muß bei uns noch viel mehr bestärkt werden. (Gehr richtig!) In Bayern erscheint jedesmal vor einer Wahl ein königlicher Erlaß, der mit den Worten schließt: „Wir befehlen unseren Regierungen, Rammern des Innern, die Vorschriften des Wahlgesetzes genau zu vollziehen; wir erwarten hierbei von den Behörden gewissenhafte Erfüllung ihrer beschworenen Pflicht, Beschirmung der Freiheit der Wahlen (Hört! hört!) und pflichtgemäße Enthaltung von jeder Befchränkung der Wahlfreiheit.“ (Hört! hört!) Was die Bayern seit langen Jahren haben, das soll uns in Preußen vorerhalten werden? Soll die Magime des jetzigen Chefs der Wahlpatronage bauernd bleiben? Vor 30 Jahren hat der Prinzregent Albert, der Gemahl der Königin Victoria, in einem Briefe an den Kaiser Wilhelm die Art der Wahlumtriebe des Ministeriums Mantauel als eine Schmach bezeichnet, der ein Ende gemacht werden mußte. Werden wir die Wiederholung dieser Schmach erleben? Wir bitten, daß auch der jetzige Chef der Wahlpatronage die Beamten stricte anweist, daß sie im Rahmen des Gesetzes bleiben und sich jeder Einmischung in die Wahlen enthalten. So werden wir

im dauernden Interesse der Krone und des Vaterlandes handeln. (Beifall links, Fischen rechts; wiederholter lebhafter Beifall links.) (Schluß in der Beilage.)

## Deutschland.

△ Berlin, 26. Mai. Die Kaiserin-Mutter Augusta gedenkt sich am Dienstag früh zu längerem Aufenthalt nach Baden-Baden zu begeben. Sie wird dort mit dem Großherzog und der Großherzogin von Baden zusammentreffen. Auch der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Baden beabsichtigen später ihrer kaiserlichen Großmutter daselbst einen Besuch abzustatten.

— Fürst Bismarck ist heute Nachmittag um 6 Uhr aus Barmen hier eingetroffen. Er dürfte so lange hier bleiben, als der Kaiser in Charlottenburg weilt, und sich sodann nach Friedrichsruh begeben. Weitere Reisepläne sind noch nicht entworfen, doch verlautet aus der Umgebung des Reichshandlers, daß sich derselbe auch in diesem Sommer wieder zu einer mehrwöchentlichen Kur nach Rissingen zu begeben gedenkt.

\* [Die Anwesenheit des Kronprinzen von Griechenland] bei der Hochzeitfeier in Berlin, während außer ihm von auswärtigen Fürstlichkeiten nur die dem kaiserlichen Hofe verwandten Prinzen von Wales und Großfürst Sergius von Rußland mit seiner Gemahlin sich unter den eingeladenen Gästen befanden, hat die Aufmerksamkeit gefesselt. Erklärt wurde dies der „Aöln. Z.“ zufolge durch den Umstand, daß der Kronprinz sich in Deutschland befindet. Man erinnerte auch daran, daß er bei seinem Aufenthalt in Berlin im Frühjahr an den Uebungen des zweiten Garde-Regiments zu Fuß theilnahm, dem Kronprinzen Wilhelm befreundet ist und sich oft im Kreise der kaiserlichen Familie befand. Daran hatten sich damals Gerüchte über möglicher Weise bevorstehende engere Beziehungen geknüpft, die auch diesmal nicht ausgeblieben sind, aber, obgleich man denselben auch in politischen Kreisen begegnet, wohl vorerst nur auf Vermuthungen beruhen und jedenfalls der Befestigung bedürfen.

\* [Die innere Mission als politische Wähleret.] Aus Schlesien wird der „Post. Ztg.“ geschrieben: In Kleinig hat Hofprediger Stöcker aus der Generalversammlung des schlesischen Provinzialvereins für innere Mission einen Vortrag über die Aufgabe der Kirche und der inneren Mission in der socialen Frage gehalten, der sich auffällig frei von jeder Schärfe hielt, aber mit einem Appell an die christlich-socialen Wähler schloß, bei den bevorstehenden Wahlen ihre Schuldigkeit zu thun. Viel habe die innere Mission in Berlin insofern geleistet, als Tausende, die früher schroff gegen Kirche und Staat auftraten, bei den letzten Reichstagswahlen als Freunde der Kirche und als treue Anhänger der Regierung sich bekannt hatten. Richtig gehandhabt, werde die innere Mission auch anderwärts gleiche Erfolge erzielen.

J. [Zu Stöckers Gunsten.] Heute, Montag, den 28. d., Vormittags 11 Uhr, soll die Constatuirung des „Evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins“ zu Gunsten der Stöcker'schen Stadtmission stattfinden, und zwar in einem Zimmer des Reichstagsgebäudes. Alle Unterzeichner des Aufrufs vom 30. Januar sind dazu eingeladen. Die Frau Kronprinzessin hat die Uebernahme des Protectorats über den Verein zugesagt.

\* [Zollanschluß.] Im Gegensatz zu anders lautenden Gerüchten wird in unseren großen Handelssemporien Hamburg und Bremen an der Ansicht festgehalten, daß der Zollanschluß beider Plätze nicht nur an demselben Tage, sondern auch bestimmt am 1. Oktober des laufenden Jahres erfolgen wird.

\* Auch in Reichenbach in Schl. hat der dortige evangelische Kirchenrath das Gesuch Stöckers, ihm die dortige Kirche zu einem Gottesdienst zu bewilligen, abgelehnt.

Dosen, 26. Mai. [Beaufichtigung des katholischen Religionsunterrichts.] Viele katholische Pfarrer, welche sich gemäß der vom Erzbischof D. Dinder an die Decane erlassenen Verfügung beir. die Ueberwachung des Religionsunterrichts an die königl. Regierung um Zulassung zu den Religionsunterrichtsstunden in den Volksschulen gewendet hatten, haben einen abschläglichen Bescheid erhalten. Ein derartiger Bescheid, welchen der „Sonnet Wiek.“ abdruckt, lautet folgendermaßen: „Bromberg, den 19. Mai 1888. Euer Hochwürden benachrichtigen wir auf den gefälligen Antrag vom . . . d. J. ergebenst, daß wir Ihrem Gesuche um Zulassung zur Leitung des Religionsunterrichts in den Schulen Ihrer Pfarodie nicht stattzugeben vermögen.“ (B. 3.)

Karlsruhe, 26. Mai. Die Kronprinzessin von Schweden ist heute Nachmittag zum Aurgebrauch nach Franksensbad abgereist.

Die erste Kammer erledigte heute in nahezu achtstündiger Beratung die kirchenpolitische Vorlage. Die Artikel 1 bis 3 der Regierungsvorlage wurden einstimmig angenommen, ebenso ein von der Commission beantragter neuer Artikel 4, welcher fremden Ordensgeistlichen das Spenden der Sacramente in Nothfällen erlaubt. Dagegen wurde Artikel 5 (Artikel 4 der ursprünglichen Vorlage), welcher die Ausschlüsse in der Seelsorge durch Mitglieder fremder Orden betrifft, abgelehnt. Schließlich wurde das ganze Gesetz mit Ausschluss des abgelehnten Artikels einstimmig angenommen.

Roburg, 25. Mai. Der dauernd behufs seiner Ausbildung hier wohnende Prinz Alfred von Edinburg, der voraussichtliche Regierungsnachfolger des Herzogs Ernst II., hat jetzt auch mit seinen militärischen Uebungen begonnen. Ein Feldnebel des hiesigen Bataillons vom 95. Infanterie-Regiment ist mit dem Einergieren des Prinzen betraut.

München, 26. Mai. Der frühere erste Bürgermeister Dr. v. Erhardt ist heute früh 4 1/2 Uhr in Nymphenburg gestorben. Das Andenken an das Wirken des in Folge aufreißender Thätigkeit allzu früh seinem Amte und dem Leben entzogenen Mannes wird durch die „Allg. Ztg.“ — wird für immer ein gesegnetes sein. Es war ihm, einem Lehrersohn, beschieden, als Advocat eine hervorragende Stellung in den politischen Kreisen Münchens einzunehmen, aus der er in Folge seiner kernigen, auch den Gegner achtenden Gesinnung zum ersten Bürgermeister gewählt wurde. Der Ausschaffung Münchens seit Ende der sechziger Jahre steht im engsten Zusammenhange mit der Schaffensfreudigkeit, dem organisatorischen Talent und praktischen Blick des Bürgermeisters Dr. v. Erhardt.

## Rußland.

Petersburg, 25. Mai. Ein heute veröffentlichtes Gesetz modificirt die Bestimmungen über die Ursachen, aus welchen protestantische Prediger provisorisch aus dem Amte entfernt

werden können, und ermächtigt den Minister des Innern, die Entfernung aus dem Amte eventuell bei den Conscriptoren behufs obligatorischer Ausführung derselben zu beantragen. (W. Z.)

## Amerika.

\* In Washington ist im Beisein des Präsidenten Cleveland am Donnerstag der Grundstein zu einer neuen katholischen Universität gelegt worden.

## Bon der Marine.

△ Kiel, 27. Mai. Der Chef der Admiralität General v. Caprivi trifft in der kommenden Nacht hier ein und Montag und Dienstag findet die Inspektion der Flotte und sämtlicher Marinetheile statt. Im Laufe der Woche werden alsdann die meisten Schiffe den hiesigen Hafen zu Kreuzfahrten in der Ostsee verlassen. Die Schiffe des Panzergeschwaders „Baden“, „Bairern“, „Friedrich der Große“ und der Aviso „Zieten“ werden zunächst bis zur Rückkehr des Panzergeschiffes „Kaiser“ aus Barcelona, welche Mitte Juni erfolgen soll, einzeln üben. Ebenso werden die zum Schulgeschwader gehörenden Kreuzerfregatten „Stein“, „Moltke“, „Gneisenau“ und „Prinz Adalbert“ einweisen soll im Verande üben. Von den übrigen Schiffschiffen ist „Nixe“ nach mehrtägigen Uebungsfahrten heute wieder hier eingetroffen, während „Luise“ und „Niobe“ zur Ausfahrt rufen. Von der Torpedobootsflotte hat der Aviso „Blitz“ und die I. Torpedoboots-Division in diesen Tagen die Häfen von Eckernförde, Flensburg und Sonderburg besucht und ist gestern nordwärts nach dem kleinen Belt gesteuert; die II. Torpedoboots-Division übt täglich auf der hiesigen Außenrebe. Nachdem „Baden“ und „Bairern“ aus dem Verande der Reserve-Division der Ostsee ausgeschieden, gehören derselben nur noch die Panzerschiffe „Sachsen“ und „Württemberg“ an. Ersteres fungirt unter Abwesenheit des „Kaiser“ als Wachtschiff. Der von Wilhelmshaven hier eingetroffene Aviso „Schwalbe“ soll Probefahrten unternehmen, die Kreuzer-Corvette „Irene“, welche gestern auf der kaiserlichen Werft fertiggestellt ist, soll nach Wilhelmshaven in See gehen und die Kreuzer-Corvette „Prinzess Wilhelm“ ist mit Geschützen versehen worden. — Wie wir erfahren, wird das ganze Manövergeschwader am 25. oder 26. Juni hier in Kiel zusammengezogen und es erfolgen alsdann die Uebungen im Geschwader-Verande. — Prinz Heinrich von Preußen wird hier am 4. Juli erwartet.

\* Das Fahrzeug „Corelen“ (Commandant Capitän-Lieutenant Freiherr v. Lyncker) ist am 26. Mai in Konstantinopel eingetroffen.

Am 29. Mai: Danzig, 28. Mai. M.-A 12.3. G.-A. 3.41 U. 13. M.-A. 11.1. bei Tage.

Wetterausichten für Dienstag, 29. Mai, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Theils heiter, theils wolzig mit wenig veränderter Wärmelage, mäßige bis frische Winde, zeitweise stark wehend; später meist bedeckt mit Regenböden.

\* [Flottenbesuch.] Aus Kiel meldet uns heute ein Privattelegramm: Die Manöverflotte geht am 23. Juli von Kiel nach Wilhelmshaven und am 1. August von Wilhelmshaven nach Danzig.

\* [Besuch der Kaiserin.] Der Besuch der Kaiserin Victoria im Ueberschwemmungsgebiet der Nogat war für die ersten Tage dieser Woche in Aussicht genommen. Wie wir zuverlässig erfahren, hat Ihre Majestät die Reise in das Ueberschwemmungsgebiet aber neuerdings bis nach der erfolgten Uebersiedelung des Kaisers nach Potsdam aufgeschoben.

\* [Getreidezufuhr.] Die heutige Getreidezufuhr betrug hier 154 Waggons, wobei jedoch noch zu beachten ist, daß dieses die Zufuhr von zwei Tagen, dem Sonnabend und Sonntag, ist.

\* [Zollfreie Getreide-Einfuhr.] Das königl. Haupt-Zollamt hier hat dem Vorsteheramte der Kaufmannschaft die nachstehende, an förmliche für das Zollinteresse verpflichteten Kornverwer erlassene Verfügung mit dem Ersuchen mitgeteilt, von derselben auch den betheiligten Getreidehändlern mit dem Eröffnen Kenntniß zu geben, daß sie es sich selbst zuschreiben haben werden, wenn von ihnen aus dem freien Verkehr stammendes, durch das Ausland nach dem Inlande zu sendendes Getreide am Bestimmungsorte wegen mangelnder Identitätsnachweise nicht zollfrei eingelassen, sondern für dasselbe der Eingangszoll gefordert werden wird.

Es ist zur Sprache gebracht, daß Getreide aus hiesigen Transilagen, also noch zollpflichtig, mit Getreide aus dem freien Verkehr auf Declarations-Schein in einem Schiffe zusammen verladen worden ist und nur durch Zwischenlegen von Matten von einander getrennt war, doch nur derart, daß am Bestimmungsorte die zollfreien von den zollpflichtigen Getreidemengen nicht mit Bestimmtheit getrennt und ermittelt werden konnten. Ein derartiges Zusammenladen ist durchaus unzulässig, und eruchen wir Sie, strenge darauf zu achten, daß auf Declarationsschein zum Transport durchs Ausland nach dem Inlande abgefertigtes Getreide so verpackt resp. verladen werden muß, daß dessen Identität festgehalten werden kann; anderenfalls wird die Zollfreiheit für mangelhaft abgefertigtes Getreide beim Ueberschneung nicht zugestanden werden können.

\* [Kirch-Weißer Ausstattungs-Verein.] In der gestern im „Kaiserhof“ abgehaltenen Jahres-Versammlung wurde der Rechnungsbericht erstattet, welcher für das Jahr 1887 eine Einnahme von 947 Mk., eine Ausgabe von 222 Mk. ergab. Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt zur Zeit 9206 Mk. — Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

\* [Sänger-Ausflug.] Einen Ausflug über Pichenhof und Goldbrunn durch den Wald nach Oliva hatten gestern die Gesangvereine „Cibertas“, „Sängerkreis“, „Thalia“ sowie der Schiller Verein mit ihren Familien unternommen. Da der Weg über Mattemblemo ging, so wurde bei dieser Gelegenheit dem dortigen beliebten Förster Hrn. Heinrichs nachträglich zur Feier seines 50jährigen Amtsjubiläums vom Gesangverein „Sängerkreis“ ein Ständchen gebracht. Vom Försterhause ging's dann nach dem Kaiser-Wilhelm-Augustahain, woselbst eine vom Gesangverein „Sängerkreis“ gemietete, neu angebrachte Tafel mit einer das Andenken des verstorbenen Kaisers Wilhelm feiernden, mit einem Hoch auf Kaiser Friedrich endigenden Ansprache enthielt wurde. Nach einigen dem Walde und seinem greifen Hüter in Mattemblemo gewidmeten Gesängen und nach kurzer Erfrischung wanderte die fröhliche Sängerschaaft weiter, nach Oliva zu.

Z. Zoppot, 27. Mai. An der Verlängerung unseres Gesettes ist so rüstig gearbeitet worden, daß die Kammarbeiten nahezu vollendet sind. Auch hier wurde ein Theil der Pflähe durch „Einsprützen“ eingeseht. Der Oberbau ist bereits zugerichtet so daß die vollständige Fertigstellung jedenfalls noch vor Ablauf des contractmäßig begebenen Termins (16. Juni) erfolgen wird. Die Verlängerung ruht auf 7 Jochen, welche je 8 Meter von einander entfernt sind. Die beiden äußersten Jochen stehen bereits jenseits der Sandbank, welche bisher das Anlegen der Dampfschiffe











# Beilage zu Nr. 17089 der Danziger Zeitung.

Montag, 28. Mai 1888.

## Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

**Abg. v. Gzarsinski (Pole):** Die polnischen Vertreter haben schon oft bei den Wahlprüfungen constatirt, daß die Landräthe in der Provinz Polen Wahlgeometrie trieben und sonst die Wahl unrechtmäßig beeinflussten. Seine Freunde würden für den Antrag Richtig stimmen.

**Abg. v. Rauchhaupt (cons.):** Was hat Hr. Richter denn nun gegen das Regime Puttkamer vorgebracht? Er hat sich als Beschützer der Krone ausgespielt gegenüber den eigenen Beamten der Krone! Vielleicht dachte er dieselben schon durch andere Personen ersetzt. Wenn Sie (links) die Wahlpatronage haben werden, dann wird es noch schlimmer werden mit der amtlichen Beeinflussung. Wir werden für die Ungültigkeit der Wahl stimmen, nicht aus den Gründen des Abgeordneten Richter, sondern weil man den Wahlmännern Reisekosten und Zehrungskosten gewährt hat; wenn das so weiter geht, dann kommt man zu englischen Zuständen, dann entscheidet lediglich der Geldbeutel bei den Wahlen. In der Wahlbezirkseinteilung könne er keinen Verstoß gegen das Gesetz erkennen, mit Ausnahme eines einzelnen Falles. Sie wollen einen gewissen Gegensatz zwischen Minister und Krone hier aufstellen. Daß werden Sie aber dem Lande nicht weismachen können, daß die Hohenzollern sich nicht die Minister wählen können, die sie wollen. (Beifall rechts.) Sie haben der Krone gegenüber gar kein Recht, den Schein zu erwecken, als ob die Krone gezwungen wäre, diese Minister zu behalten. Die ganze heutige Debatte hat bewiesen, daß man einen großen Vorstoß hat machen wollen, und sehr wenig erreicht hat. Parturiant montes — den Rest können Sie sich selbst sagen! (Beifall rechts.)

**Abg. Bachem (Centr.):** Ich bedauere, daß diese Wahlprüfung erst heute zur Verhandlung kommt, und es gehört eine große Natvetät dazu, zu glauben, daß durch bloßen Zufall erst heute diese Wahl hier erörtert wird. Durchaus unehrerlich ist es, daß der Landrath eine persönliche Wahlbeeinflussung eintreten läßt, wie sie hier nachgewiesen ist. Sehr wesentlich ist, daß eine Selbstschädigung gezahlt worden ist, um die Leute zur Wahl zu veranlassen. Ich halte es gleichfalls für notwendig, diese Dinge der Regierung zur Kenntnisknahme zu überweisen, denn vielleicht ist auch ein strafrechtliches Einschreiten notwendig. Was die Wahlbezirkseinteilung betrifft, so werden diese Vorgänge hoffentlich abschreckend für das Rheinland wirken, wo ähnliche Versuche wie in Elbing-Marienburg sich bereits hervorwagten.

**Abg. Gremer** meint, daß keine Regierung, kein Abgeordnetenhause, kein Wahlgeseß kleine Unregelmäßigkeiten verhindern könne. Man solle nicht immer die kleinen Fehler aufbauen. Es handelte sich für die Herren ja nur darum, noch im letzten Augenblick Wahlreden zu halten.

**Abg. Meyer-Breslau (frei.):** Es handelt sich nicht, wie Hr. v. Rauchhaupt meint, um eine kleine, untergeordnete Angelegenheit, sondern um eine solche von großer Bedeutung. Die Wahlfreiheit ist das Wichtigste im constitutionellen Staat. Herr v. Rauchhaupt meint, es liege hier nur ein einziger Fall vor. Das erinnert mich an eine kleine Geschichte in den „Fliegenden

Blättern“: Ein Soldat beschwerte sich bei seinem Hauptmann, er habe einen Käser in seiner Suppe gefunden. Der Hauptmann entschied: Wenn ein Mal an einem Tage ein Mann einen Käser in seiner Suppe findet, so bedeutet das nichts; wenn aber jeden Tag jeder Mann einen Käser in seiner Suppe findet, dann werde ich ernsthaft einschreiten. (Heiterkeit.) In diesem einen Falle ist es uns nicht nur gelungen, den Käser zu erhalten, sondern auch ihn in Spiritus zu legen. Solche Käser schwimmen überall in der Suppe herum, sie sind nur zumeist schon so zerhocht, daß man sie nicht mehr auf die Nadel spießen kann. (Heiterkeit.) Hr. v. Rauchhaupt sagt, wenn ein Ministerium aus unserer Partei genommen würde, würde es noch schlimmer. Beweisen kann er das nicht, der Fall ist noch nicht dageswesen. Ich kann es deshalb auch nicht widerlegen und kann Herrn v. Rauchhaupt nur eine Wette anbieten, daß wir es nie so machen würden. Ich würde ihn aber zugleich bitten, darauf zu bringen, daß diese Wette möglichst bald zur Entscheidung kommt, damit man weiß, wer den eventuellen Sect zu bezahlen hat. Hr. v. Rauchhaupt legte besonderen Werth darauf, daß in diesem Falle eine Art Bestechung der Wahlmänner stattgefunden hat. Ich stimme ihm darin bei. In der Commission hat gerade mein Parteigenosse zuerst darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahl schon aus diesem Grunde kassirt werden müsse. Bei der Abstimmung ist er aber von den Conservativen und dem Centrum vollständig im Stich gelassen worden. Wir sind der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung der Wahlfreiheit und die Unabhängigkeit von officiellen Beeinflussungen nicht bloß im Interesse der Wählerschaft, sondern auch im eigensten Interesse der Krone liegen; und daß diese einen Anspruch und ein Interesse hat, durch die Wahl die Stimme des Volks zu erfahren, die nach meinem Dafürhalten sich mit der Stimme des gesunden Menschenverstandes doch im Ganzen decken wird. (Abg. Friedberg: Angstproduct!) Wenn Hr. Friedberg sagt, daß die Wähler bei den Wahlen von 1887 vom gesunden Menschenverstand verlassen gewesen seien, so habe ich keine Veranlassung, hiergegen besonders lebhaft zu protestiren. (Heiterkeit.) Hr. Friedberg kann seine Behauptung nachher ja näher begründen, ich reibe mir im Stillen die Hände dazu. Wir wollen nur, daß das verfassungsmäßige Wahlrecht vollkommen zur Wahrheit und nicht getrübt werde durch unberechtigte Einflüsse. Es wäre mir angenehm zu erfahren, was Sie gegen dieses bescheidene Verlangen einzuwenden haben. (Beifall links.)

**Abg. Wolff (cons.):** Daraus, daß bei der Wahlbezirksabgrenzung nicht immer nur auf die Abrundung, sondern auch auf andere Momente das Hauptgewicht gelegt wurde, kann man den Landräthen keinen Vorwurf machen.

**Abg. Friedberg (nat.-lib.):** Der Abg. Richter hat darauf hingewiesen, daß in der Presse ein Artikel gegen die kaiserliche Familie verbreitet gewesen sei und mit einer Geste nach meiner Partei gesagt, das stände in der Cartellpresse. Zunächst kenne ich den Begriff Cartellpresse überhaupt nicht. Das Cartell ist geschlossen zu einer ganz bestimmten Wahl. Es hat seitdem aufgehört. (Höri! höri! Oh! links.) Eine officielle Cartellpresse, für die wir verantwortlich sind, giebt es nicht. Der fragliche Artikel hat zuerst in den „Dresdener Nachrichten“ gestanden. Das ist sicherlich kein

nationalliberales Blatt, sondern meines Wissens ein particularistisch-sächsisches Blatt. (Zuruf links: conservativ!) Ich fordere den Abg. Richter auf, mir nachzuweisen, in welchem rheinischen nationalliberalen Blatte dieser Artikel gestanden hat. So lange dies nicht geschieht, muß ich seine Behauptung als eine objective Unwahrheit bezeichnen. (Rufe links: Kommt gleich! Schließlich bedauere ich, daß er sich dazu hergegeben hat, mit seinem mit Recht geachteten Namen in diesem Hause dem modernen Synkrophantenthum der „Freisinnigen Zeitung“ seine Unterstützung zu leihen. Er hat einen Gegensatz aufgestellt zwischen der Krone und den Ministern. Staatsrechtlich giebt es keinen Gegensatz zwischen Krone und Minister. Meinungsverschiedenheiten können vorhanden sein. Finden sie keinen Ausgleich, dann muß der Diener der Krone abgehen. Uebrigens ist die Kampfesweise, wie sie in freisinnigen Blättern zu Tage tritt, durchsichtig genug. Sie geht darauf hinaus, daß Fürst Bismarck sein Amt niederlegt. Ich kann sie mir nur erklären aus dem fortbauenden Bemühen, an einer gewissen Stelle eine Unterstützung anzubieten, wo diese Unterstützung garnicht begehrt wird. Das ist meine Meinung und dabei bleibe ich. Meine Weisheit aber übersteigt es, wenn diese Unterstützung der Krone immer von den Abgg. Richter und Richter in Aussicht gestellt wird. Der Abg. Meyer hat davon gesprochen, daß der Volkswille, wie er durch die Wahlen zum Ausdruck kommt, im Großen und Ganzen den gesunden Menschenverstand repräsentirt, und ich habe dem gegenüber auf die Ausdrucksweise des Abg. Richter hingewiesen, der seiner Zeit die letzten Reichstagswahlen als ein Angstproduct hinstellte. Wenn Hr. Meyer mir imputirt hat, als ob ich die letzten Wahlen als ein Angstproduct hingestellt, so war das illoyal. Nach meiner Meinung: war die Aeußerung des Abg. Richter eine schmachvolle Beleidigung der deutschen Wähler. (Große Unruhe.) Deshalb hat Herr Meyer vielleicht in der letzten Sitzung diesen Ausdruck des Herrn Richter etwas abzuschwächen versucht. Ich gebe mich allerdings der Hoffnung hin, daß die Wähler auch nächstes Mal ihren gesunden Menschenverstand in der Richtung geltend machen, daß es den Beifall des Abg. Richter nicht findet. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts; Zischen links.)

**Abg. Richter:** Das Wort „Angstproduct“ werden die Herren nun einmal nicht los, es kommt bei jeder Gelegenheit auch hier zum Vorschein und zeigt, daß es getroffen hat. Gerade weil wir den gesunden Menschenverstand vor künstlicher Verwirrung und Einschüchterung sichern wollen, bringen wir derartige Ungehörigkeiten bei den Wahlen hier zur Sprache. War es nicht bei den Reichstagswahlen, wo von oben her alle Landräthe ohne Unterschied angewiesen wurden, sogenannte Belehrungen in das Volk zu tragen, nur mit dem Zweck, irre zu führen und die landrätliche Autorität im Sinne der Cartellparteien auszuspielen. Die Nationalliberalen sind gezwungen, sich in diese Verhandlung einzumischen. Viele ihrer Wahlen wären ohne die Herren Landräthe garnicht möglich geworden. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Der Vorredner sprach von dem Vertrauen auf die nächsten Wahlen und die Wähler, welche zeigen werden, daß die Reichstagswahlen kein Angstproduct gewesen sind. Der Herr hätte lieber Studien über die letzten Erfahrungswahlen machen

sollen. Bisher ist Ihnen noch jeder Wahlkreis, ob er nationalliberal oder conservativ gewählt hatte, verloren gegangen. Das zeigt eben, daß in dem Augenblick, wo allgemein diese künstliche Beeinflussung wegfällt, der gesunde Menschenverstand zu Ehren kommt. (Gelächter rechts.) Das paßt Ihnen freilich nicht. In allen diesen Fällen haben die Privatverhältnisse genau so gelegen wie bei den Wahlen im Februar, und trotzdem der Schwager des Abg. vom Hebe bei den Wahlen in Altena die Leitung der Nationalliberalen übernahm, haben Sie kein Glück gehabt. (Zurufe bei den Nationalliberalen: Denunciation!) Freilich, das paßt Ihnen nicht. So oft die Gelegenheit sich dazu bietet, werden wir öffentlich jede derartige Ungehörigkeit benunciren. Es ist doch merkwürdig, so oft in irgend einem Blatte des Cartells eine Ungehörigkeit vorkommt, dann ist das Cartell garnicht vorhanden. Ich hätte gewünscht, daß man, als in Breslau und Leipzig jene Agitation gegen die Krone im Namen der vereinigten nationalen Parteien getrieben wurde, an deren Spitze sich der Vorstand der nationalliberalen, der conservativen und freiconservativen Partei stellte, in einer Angelegenheit, welche das Parlament und die Volksvertretung überhaupt nicht beschäftigte, daß man ein solches Treiben von oben herab desavouirt hätte. Das haben Sie nicht gethan. Man hat geschwiegen und darum sind Sie mit verantwortlich. (Großer Lärm rechts.) Sie fragen, warum wir mit unserer Loyalität hervortreten. Wenn die anderen Parteien derart an Illoyalität wetteifern, dann sind wir allerdings verpflichtet, gerade einem schwerkranken Kaiser gegenüber unserer Loyalität einen scharfen Ausdruck zu geben. (Großer Lärm auf allen Seiten des Hauses; Rufe: Psui! rechts.) Dieses Psui rufe ich über die Herren in Breslau und Leipzig. (Wiederholte Rufe rechts: Psui!) Unserem schwerkranken Kaiser gegenüber sind wir doppelt verpflichtet, unserer Loyalität einen Ausdruck zu geben. Manches in der Presse und in Vereinen wäre nicht gewagt worden einem gesunden Kaiser gegenüber. Wäre der Kaiser gesund, dann müßte sich dieses Gezücht in seine Höhlen verkriechen. (Großer Lärm; Beifall bei den Freisinnigen und im Centrum; Zischen rechts und bei den Nationalliberalen.) Sie nennen die „Dresdener Nachrichten“ ein particularistisches Blatt, und doch hat keines in Sachsen einen größeren Einfluß auf die nationalliberalen Wahlen. Die Nationalliberalen hätten ihre Entrüstung ausdrücken sollen, als jener schmachvolle Artikel gegen die Kaiserin erschien. Man rief uns zu, wir sollen Blätter nennen. Lesen Sie denn die „Abnische Zeitung“ garnicht? Ist es möglich, niederträchtigere Insinuationen gegen den Kaiser hervorzu- bringen, als sie in der „Abn. Zeitung“ gestanden haben? Ist es denn nicht wahr, daß jene Zeitung wörtlich sprach von dem Hineintragen frauenhafter persönlicher Elemente in die Politik, welche die Schätze der Bismarck'schen Politik zu verschleudern wagte? Ist es nicht wahr, daß in jenem Blatt der Cartellpartei gesprochen worden ist von hochstehenden Frauen, welche über ihre Herzensangelegenheiten die Politik und die bauernden Interessen der Dynastie und des Vaterlandes außer Augen lassen? Im „Deutschen Tageblatt“ und in anderen Zeitungen war davon die Rede, daß Deutschland sich unter das caudinische Joch Englands beugen müsse. (Psui! links.) Die „Freisinnige Zeitung“ hat



sich ein Verdienst damit erworben (Lachen rechts), daß sie das Gefindel entlarvt hat. Menschen, die keiner Partei zur Ehre gereichen, Schwindler, Betrüger, wegen Unterschlagung bestrafte Leute haben an der Spitze gestanden und systematisch in der Presse jene schmachvolle Hez gegen die Kaiserin Victoria und gegen die Beziehungen der kaiserlichen Familie zu England in Scene gesetzt. (Lärm rechts. Rufe: Zur Sache! Zur Sache!) Warum haben Sie Hrn. Friedberg nicht zur Sache gerufen? Jetzt müssen Sie aus-halten! (Fortdauernder Lärm rechts.) Ich könnte Ihnen die schmachvollen Artikel vorlesen, welche 90 Blättern, darunter Kreisblättern, ausschließlich Blättern der Cartellparteien, zugesandt sind, in denen unter Anrufung der Pietät gegen den König Friedrich Wilhelm III. und die Königin Luise erzählt wurde, daß die Gemächer im Schloß zu Charlottenburg für die Königin von Eng-land hergerichtet worden seien. Natürlich, es war alles Lüge und Erfindung. Der Abg. Friedberg sprach von einem modernen Enkophantenthum der „Freisinnigen Zeitung“. Von der „Freisinnigen Zeitung“ ist niemand der Staatsanwaltschaft denunciirt worden, aber aller-dings hat die Presse die Pflicht, die Pressfreiheit vor der Oeffentlichkeit an den Pranger zu stellen. Es giebt keinen edleren Beruf der Presse, als so gemeine Anschuldigungen an das Licht zu ziehen, zu zeigen, welches Gefindel gegen das Kaiserhaus sich erhoben hat. (Große fortdauernde Unruhe.) An-statt uns zu danken und jeden Zusammenhang mit jenen Leuten abzulehnen, greift man die Freisinnigen an, welche diejenigen an das Licht gezogen haben, die sich so etwas erlaubt haben. Allerdings, die „Köln. Zeitung“ hat es als eine Denunciation angesehen, daß die „Freis. Zeitung“ sich in einem Artikel mit dem Verrath von Staatsgeheimnissen beschäftigt. Es ist bis heute noch nicht aufgeklärt, wie es möglich gewesen ist, daß in der Angelegenheit der Battenberg-Verlobung Aktenstücke und amtliche Motive an die Oeffentlichkeit gebracht worden sind durch das rheinische Blatt, von denen nur Fürst Bismarck und das kaiserliche Paar Kenntniß haben konnten. (Hört! hört! links.) Wie hat man über den Grafen v. Arnim seiner Zeit geurtheilt wegen des Verraths von Staatsgeheimnissen; man hat einen besonderen Strafparagraphe gemacht. Jetzt werden von der „Köln. Zeitung“ in diesen inneren Fragen des Kaiserhauses durch einen groben Mißbrauch des Amtsgeheimnisses ausführliche Nachrichten in die Oeffentlichkeit gebracht, welche geeignet sind, alles gegen das Kaiserhaus aufzubringen, und was das Schrecklichste ist, die Sache wurde erst, wie jetzt thatsächlich feststeht, an die Oeffentlichkeit gebracht, nachdem sie zwischen denen, die sie angeht, ausgeglichen war. War eine solche Veröffentlichung nicht im Stande, unseren Kaiser Friedrich Rußland gegenüber dauernd in ungünstigem Licht erscheinen zu lassen? (Großer Lärm rechts; Rufe: Zur Sache!) Wenn ich im Stande wäre aufzudecken, wie es möglich war, derart Staatsverrath zu treiben... (Fortdauernder großer Lärm rechts; Rufe: Zur Sache!) Ich weiß, daß Sie das nicht gern hören; wenn es Ihnen nicht paßt, so thun Sie Ihren Gefühlen keinen Zwang an. Es ist nicht wahr, daß wir solche Be-leidigungen vor Gericht gestellt wünschen. Nein, das Gefindel, was dahintersteckt, ist garnicht werth einer gerichtlichen Anklage, welche in den Augen ihrer An-hänger noch als ein gewisses Martyrium gelten könnte. (Zustimmung links.) Aber als Gesetzgeber haben wir die Pflicht, darauf hinzuweisen, wie ungleich Geseh und Recht in Preußen gehandhabt wird. (Lärm.) Wenn gegen den Fürsten Bismarck der hundertste Theil der Beleidigungen geschleudert wäre, die gegen die Kaiserin Victoria in diesen Wochen geschleudert sind... (Großer Lärm rechts. Rufe: Zur Sache.) Das ist zur Sache, das paßt Ihnen nicht. (Rufe: Psui!) Dann würden mit Hunderten die Gefängnisse gefüllt worden sein. Freisinnige Blätter verurtheilt

man wegen eines Mißverständnisses zu Monate langem Gefängniß wegen groben Unfugs. Ein größerer Unfug aber ist niemals in Preußen verübt worden, als in der Cartellpresse während der letzten Wochen. (Zustimmung links.) Alle Welt hat das gelesen, aber kein Staatsanwalt hat ein Auge dafür gehabt, abgesehen von diesem einen Wittenberger Kreisblatt. Gegen drei freisinnige Blätter wurde eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben, begangen durch den Abdruck jenes Artikels, welchem sie den Schluß hinzu-fügten: „Wenn so etwas in Preußen möglich sei unter den Augen der Minister, dann sei es für jeden guten Bürger in Preußen Pflicht, sich um sein Kaiserpaar zu schaaeren, um es zu schützen.“ (Große Unruhe rechts. Der Präsident bittet den Redner, doch nicht von der Sache abzuschweifen.) Sie sprechen davon, daß eine Meinungsverstehenheit zwischen Krone und Ministern nicht besteht. Sie sprechen davon, als ob wir gegen die Krone und ihre Befugnisse sprechen. Hr. v. Rauch-haupt ist sogar so weit gegangen, diesem Hause das Recht abzuspochen, über die Herren Landräthe zu reden. (Lachen links.) Ich nehme das Hrn. v. Rauch-haupt nicht übel: ein Landrath hackt dem anderen nicht die Augen aus. Wozu haben wir denn überhaupt eine Volksvertretung und das Recht, Resolutionen zu fassen, Abreden zu stellen u. s. w.? Im früheren absolutistischen Staate konnte der König Gnabenerlasse machen, welche der Minister nur mit seiner Unter-schrift zu beglaubigen hatte. Wenn sich jetzt der Gnabenerlaß auf die Socialdemokraten erstreckt, dann ist der Minister berechtigt, zu sagen, das reimt sich nicht mit meiner politischen Verantwortlichkeit. Da-durch kommt er in die Lage, die Machtbefugniß der Krone im Gegensatz zu dem absolutistischen Staat ein-zuschränken. Niemals würde man den Ministern in der Verfassung eine so weitgehende Macht gegeben haben, wenn auf der anderen Seite nicht das Correlat der Minister-verantwortlichkeit der Volksvertretung gegenüber-stände. Wäre es anders, dann hätte der Minister eine erhabene Stellung einerseits über der Krone und andererseits über der Volksvertretung, dann würden wir nicht von den Hohenzollern regiert, sondern von den Ministern, und die Krone und die Volksvertretung würden den Ministern gegenüber nur eine nebensäch-liche und untergeordnete Rolle spielen. Das wollen wir nicht und deshalb betreten wir jeden Weg, um die Amtshandlungen der Minister zu unserer Verant-wortung zu ziehen. Die Voraussetzung aber dieser Rechte der Krone und der Beschränkung der Kronrechte ist die volle Wahlfreiheit für die Volksvertretung. Wenn die Wahlen nur eine Probe sein sollen darauf, wie weit die amt-liche Beeinflussung der jeweiligen Minister und ihrer Untergebenen gegenüber dem freien Volkswillen gehen soll, dann ist die Volksvertretung selbst ein Product der Regierung und dann allerdings ist die Verant-wortlichkeit der Minister vor der Volksvertretung nur leerer Schein. Statt daß sich solcher Scheinconstitutio-nalismus bei uns mehr und mehr entwickelt, würde ich viel lieber zum absolutistischen System zurück-kehren. (Sehr gut! links.) Denn da sind die Be-fugnisse der Minister nie so weit gegangen, als jetzt ohne eine Ministerverantwortlichkeit. Wenn wir für die Wahlfreiheit eintreten, nehmen wir unsere Rechte wahr, aber auch zugleich die Rechte der Krone. Ich habe die Ueberzeugung, die Krone will regieren in Uebereinstimmung mit dem Willen und den Rechts-ansichten, wie sie in den Wahlen zum Vorschein kommen. Und auf die Dauer ist eine andere Re-gierung auch garnicht möglich. Wie kann man über-haupt von einem Willen des Volkes sprechen, wenn die Wahlen gefälscht sind? Verurtheilen Sie die Un-gehörigkeiten bei den Wahlen nicht, so thun Sie der Krone wahrlich einen schlechten Dienst. Man hat die Excesse der Landräthe mit ihrer Pflicht gegenüber der Krone für vereinbar gefunden. Gegen eine derartige Identi-

ficirung verwahre ich mich vor dem Lande. (Lebhafter, wiederholter Beifall bei den Freisinnigen; Zwischen rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gremer bebaurt, daß das Abgeordnetenhaus zu solchen Ausführungen gemißbraucht wird. (Sehr richtig! rechts.) Man kann für alle Unschildlichkeiten in der Presse niemals die Partei verantwortlich machen. Mir fällt es nicht einmal ein, für alle die Bumm-heiten und Niederträchtigkeiten in der „Freisinnigen Zeitung“ den Abg. Richter verantwortlich zu machen. Kommen Sie nicht hier mit ihren großen Redens-arten, wo es ungefährlich ist, sie auszusprechen. Mag Herr Richter darüber in der Volksversammlung sprechen; wir wollen einmal sehen, ob sich da nicht ein Staatsanwalt fände. (Rufe links: Gewiß, ja!)

Abg. v. Rauchhaupt (conf.) protestirt dagegen, daß der Abg. Richter die Personen des Kaisers und der Kaiserin in die Debatte gezogen hat. Ich muß aus-drücklich erklären, daß wir allen Angriffen gegen die Personen des Kaisers und der Kaiserin, die der Abg. Richter angeführt hat, als conservative Partei absolut fernstehen und sie auf das Gefindel zurück-werfen, das dem Abg. Richter vielleicht näher steht als uns. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Zedlitz (freiconf.): Ich schließe mich durchweg den Ausführungen des Abg. v. Rauchhaupt und seiner Freunde an. Keiner von unserer Partei hat jemals mit den Angriffen etwas zu thun gehabt, und wer das sagt, ist ein frecher Verleumder. (Unruhe links.)

Abg. v. Geyern (nat.-lib.): Ich habe auch namens meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir mit Rücksicht auf die Achtung der Krone auf die Aus-führungen des Abg. Richter zu antworten verzichten (Beifall rechts), die hier mit einem milden Ausdruck schon als unschildlich bezeichnet worden sind.

Abg. Richter (persönlich): Nach den Ausführungen des Hrn. v. Rauchhaupt könnte man annehmen, daß ich hier die Krone angegriffen habe. Die Landräthe und Staatsanwälte verwechseln sich hier fortgesetzt mit der Krone. Ich habe Beamte angegriffen und charakterisirt, weil sie nicht die Krone vor den Beleidigungen und Schmähungen der Presse geschützt haben. Ich habe darauf hingewiesen, daß diese Angriffe in der conser-vativen, freiconservativen und nationalliberalen Presse sich gefunden haben. Hr. v. Zedlitz hat es nun für eine freche Verleumdung erklärt, diese Parteien für jene Preßzeugnisse verantwortlich zu machen. Ich hätte gewünscht, daß Sie nicht bis heute mit dieser Zurückweisung gewartet, sondern in dem Augenblick, wo jene Artikel erschienen, widersprochen hätten. Jenes Gefindel, meinte sodann Hr. v. Rauch-haupt, möge mir näher stehen, als seiner Partei. Ich kann Sie versichern, daß die Vereine, die in Leipzig und Breslau die Agitation organisirt, die Bepflegungen geführt haben, im Namen der nationalliberalen und conservativen Partei sprachen. Wenn Sie diese Leute Gefindel nennen wollen, so habe ich nichts dagegen (Heiterkeit links); jedenfalls bleiben sie an ihren Rock-schößen hängen. (Beifall links.)

Abg. Friedberg bestreitet, daß er den Abg. Richter provocirt habe; er habe nur auf die Angriffe Richters auf die nationalliberale Partei antworten wollen. Leute, mit deren Handlungsweise man nicht einverstanden ist, als Betrüger und Schwindler zu bezeichnen, steht auf gleicher Höhe wie die Leistung der „Freisinnigen Zeitung“. Hrn. Professor Biedermann, einen verdienenden Mann und hochgeachteten Lehrer der Leipziger Hochschule, als bezahlten Agenten des Fürsten Bismarck hinzustellen.

Abg. Rikert: Es ist nicht wahr, daß ich die national-liberale Partei für jene Artikel verantwortlich gemacht habe. Uebrigens bin ich bereit, noch mehr Partei-blätter zu nennen, welche solche Artikel gebracht haben, mehr als mir selbst lieb ist. Hr. Wolff scheint nicht einmal den gedruckten Bericht gelesen zu haben, der vor ihm liegt. Da steht ausdrücklich, daß Herr Dippe

seine Aussage nicht an den Richter abgegeben hat, und daß seiner Aussage drei beschworene Zeugenaussagen gegenüberstehen.

Abg. Richter: Hr. Friedberg hat unter Bezugnahme auf mich geäußert, die „Freis. Ztg.“ habe Hrn. Bieder-mann als einen bezahlten Agenten Bismarcks be-zeichnet. Das ist nicht richtig. Die „Freis. Ztg.“ hat nur gesagt, was notorisch ist, daß nämlich Hr. Bieder-mann bei einer Gelegenheit aus Privatmitteln des Fürsten Bismarck subventionirt worden ist, und hat nur behauptet, daß es für einen solchen Mann nicht angemessen gewesen sei, sich an die Spitze einer Agitation für den Fürsten Bismarck zu stellen. Ich habe als Gefindel die Verfasser jener schmach-vollen Artikel bezeichnet, ich halte es nicht bloß für anständig, sondern für meine Pflicht, solche Dinge beim richtigen Namen zu nennen.

Abg. Wolff (conf.) erwiedert dem Abg. Rikert, daß die Gesetzgebung und Gewalt des preussischen Staates nicht so weit ginge, um eine Dresdener Zeitung zu ver-folgen, und versichert weiter, daß er einem auf Auf-forderung der vorgesetzten Behörde erstatteten Bericht eines Beamten denselben Glauben schenke, wie einer Zeugenaussage vor dem Richter.

Abg. Friedberg (n.-l.) erklärt die Zusammenstellung der Thätigkeit des Professors Biedermann mit dem Beitrag, welchen der Reichskanzler zu einem Ehren-geschenk für denselben gesendet hat, für eine ungu-lässige Insinuation. Wenn Männern, welche eine Be-wegung ins Leben gerufen haben, die auch von ihm gerügt werde, welche aber trotzdem ehrenwerthe Leute seien, mit dem Namen Schwindler und Gefindel belegt werden, so sei das charakteristisch für die Kampfweise des Herrn Richter. (Beifall.)

Die Wahlen der Abg. v. Puttkamer-Plauth und Döring werden darauf einstimmig für ungültig er-klärt. Der Antrag des Abg. Rikert auf Ueberweisung des Protestes an die Regierung zur Kenntnissnahme und weiteren Veranlassung wird gegen die Stimmen der Conservativen, Freiconservativen und eines Theils der Nationalliberalen angenommen.

Da nunmehr ein Vertagungsantrag gestellt wird, erklärt

Abg. Neubauer, daß die polnische Fraction wegen der Geschäftslage des Hauses auf die noch auf der Tagesordnung stehende Berathung ihrer Interpellation verzichte.

Nachdem der Präsident die Geschäftsübersicht gegeben und ihm auf den Antrag Windthorst's der Dank des Hauses ausgesprochen ist, wird die Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser geschlossen.

In der darauf folgenden

#### Schlusssitzung beider Häuser

verliest Minister v. Puttkamer die kaiserliche Botschaft vom 25. Mai, durch welche der Landtag geschlossen wird. Der Präsident des Herrenhauses bringt ein Hoch auf den Kaiser aus.

#### Plehnendorfer Canalliste.

Dom 26. und 27. Mai.

##### Schiffsgesähe.

Stromab: Ruchwarth, Braunsberger Amtsmühle, 50 Z. Mehl, 100 Danzig. Abraham, Thörn, 38 Z. Gerste, 53,50 Z. Roggen, 50 Danzig. — Trede, Bromberg, 55 Z. Goba, 15 Z. Bohnen, Harber, Danzig.

Stromauf: Hempel, Danzig, 60 Z. Chamottsteine, Ordre; Gracjewski, Danzig, 75 Z. Chamottsteine, Ordre; Robachewski, Danzig, 51 Z. Chamottsteine, Ordre; Guli-gowski, Danzig, 82,18 Z. Chamottsteine, Ordre; sämt-lich nach Warschau.

Verantwortliche Redacteurs: für den politischen Theil und ver-mischte Nachrichten: Dr. B. Geymann, — das Feuilleton und literarisches G. Ködner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenthail: H. B. Rosenmann, sämtlich in Danzig.